

91 soziale Projekte auf der Kippe

Städtische Millionen-Zuschüsse unsicher – Betreuung von Bedürftigen leidet unter Ein-Euro-Jobs

Von Doris Näger

Sie bieten Deutschkurse an, versorgen Frauen nach der Geburt oder recyceln Fahrräder: Münchens 91 Beschäftigungsprojekte bilden in der Stadt eine breite Palette sozialer Dienste. Wegen Hartz IV steht nun ihre Zukunft in den Sternen. „Die Projekte sind hochgefährdet“, sagt Siegfried Benker, Stadtrat der Grünen.

„Es kann gut sein, dass wir zumachen müssen“, warnt Monika Heilmann, Geschäftsführerin des Netzwerks Geburt und Familie. Sie hat bereits die Räume in der Häberlstraße gekündigt, weil sie angesichts fehlender Förderungszusagen und langer Kündigungsfristen kein Risiko eingehen wollte. Mit dem Netzwerk würden eine Krippe und der ambulante Hauswirtschaftsdienst sowie der Mittagstisch für gebärende Mütter verschwinden. Die Münchner Aidshilfe sieht ihr Café Regenbogen gefährdet. **Das Projekt Dynamo, in dem aus drei alten Rädern ein gutes gebrauchtes zusammengeschaubt und günstig verkauft wird, steht vor einer ungewissen Zukunft.** Ebenso die Initiativegruppe e.V. und viele andere Projekte, die Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfe-Empfänger beschäftigen und dafür Zuschüsse erhalten.

Der Grund: Trotz Hartz IV hat sich die

Stadt dazu entschlossen, zumindest im Jahr 2005 noch 35 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, um das Fortbestehen dieser Projekte zu sichern. Wie es 2006 weitergehen wird, ist unklar – Hartz IV bedeutet die Abkehr von der gewohnten Förderpraxis. Die Zuschüsse allein von der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München (Arge) fallen aber weitaus geringer aus als die bisherigen von der Stadt. Die Arge sieht pro Monat und Stelle nur noch eine Förderung von 200 Euro vor. Die Aidshilfe bekommt derzeit etwa 850 Euro, das Netzwerk Geburt und Familie 1000 Euro. Mit dieser Förderung werden Räume, Betreuer, Fachpersonal, Fortbildungen und Material bezahlt.

Die neuen gesetzlichen Regelungen (siehe Infotext) erschweren den Einrichtungen die Arbeit bereits jetzt. „Um zum Beispiel informelles Wissen weiterzugeben, reicht die Beschäftigungsdauer nicht mehr aus“, sagt Karin Lohr, Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitsförderungsinitiativen. Beschäftigte nach bisheriger Förderpraxis haben einen richtigen Arbeitsvertrag, wenn auch mit untertariflicher Bezahlung. Wer jetzt in Ein-Euro-Jobs arbeitet, trifft nur noch eine Vereinbarung. Das wirke sich negativ auf Motivation und Verantwortungsgefühl aus, beklagen Projektleiter.

Daneben gibt es Projekte, die nicht nur von der Stadt, sondern auch vom Bezirk und vom staatlichen Integrationsamt finanziert werden. Die haben aber eigene Förderbedingungen, zum Beispiel eine bestimmte Anzahl von Vollzeit-Angestellten. „Wenn wir aber nur noch die MAW-Stellen haben, die alle zeitlich ein-

MAW-STELLEN

Schon jetzt ändert sich für die Projekte einiges – allein wegen der Umstellung von den Stellen nach Bundessozialhilfegesetz (BSHG) auf Ein-Euro-Jobs, die offiziell Mehraufwandsbeschäftigung heißen (MAW). Wer bisher auf einer BSHG-Stelle arbeitet, ist oft Vollzeit im Projekt. MAW-Beschäftigte dürfen maximal 30 Stunden arbeiten. Dadurch steht dem Projekt bei gleicher Mitarbeiter-Zahl eine geringere Arbeitsleistung zur Verfügung. BSHG-Personal arbeitet bis zu zwei Jahre in einem Projekt – MAW-Leute dürfen nur bis zu zwölf Monate bleiben. Mit der Fluktuation wächst der Arbeitsaufwand für die Projekte, was wiederum zu höheren Kosten führt.

gegenzert sind, fällt auch die Förderung von Bezirk und Freistaat weg“, sagt Karin Lohr. Mit den Projekten würden nicht nur soziale Dienste verschwinden, von denen alle Münchner profitieren, sondern auch Integrationsmöglichkeiten für Migranten, Aids-Infizierte, psychisch Kranke und Ex-Drogenabhängige. Schon durch die MAW-Stellen haben sich die Bedingungen für sie verschlechtert. Zumindest nach Meinung der Fachleute: „Wir haben sehr viel weniger Zeit, mit den Leuten zu arbeiten“, sagt Lohr. „Ein Arbeitsvertrag über eine längere Zeit stabilisiert die Leute stärker“, sagt Wolfgang Tittmann von der Aidshilfe.

Die Arge ist sich der Brisanz des Themas bewusst: „Uns ist klar, dass wir die Beschäftigungsprojekte, die ja eine Tradition in München haben, allein mit den Bundesmitteln nicht erhalten können“, räumt Arge-Geschäftsführer Michael Baab ein. Ihr Verlust wäre dramatisch, davon ist auch er überzeugt: „Wir hätten für eine bestimmte Klientel keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr.“ Ob die Stadt abermals 35 Millionen Euro zur Verfügung stellt, ist äußerst fraglich. Baab: „Bei mir kommen sehr unterschiedliche Signale an.“ Bis die Eckdaten für den Haushalt 2006 stehen, werden noch ein paar Monate verstreichen.